

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Er scheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Verlagspreis: 1. bis 7. Oktober 15000000 M. Einzelne Nummern 8000000 M.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140

Ankündigungspreise — Grundpreis mal Schlüsselzahl der deutschen Zeitungen.  
(Grundpreis: die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 135 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 270 M., unter Eingelände 400 M. Schlüsselzahl: 100000. Grundlegung auf Familien- und Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verzeichnisse der Verwaltung, der Staatskassen und der Landesfiskus, Jahresbericht und Rechnungsbücher der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden

Nr. 233

Dresden, Freitag, 5. Oktober

1923

## Keine Wiederbelebung der großen Koalition.

### Ein Sechsmänner-Kabinet?

#### Kein sozialdemokratischer Minister.

Berlin, 5. Oktober.

Auch der gestrige Tag war von Verhandlungen und Besprechungen der Fraktionen erfüllt. Schon in den frühen Vormittagsstunden herrschte im Reichstage ein reges Treiben. Die demokratischen Abgeordneten Dr. Petersen, Koch und Dr. Haas begaben sich zum Reichspräsidenten, um ihm einen Vermittlungsvorschlag zur Rekonstruktion des Kabinetts auf der Grundlage der großen Koalition zu machen. Herr Oberl vertrat, die Anregung mit Dr. Stresemann zu prüfen. Gleichzeitig hatte das Zentrum beschloffen, auch seinerseits Schritte zur Wiederherstellung der großen Koalition einzuleiten. Auf Grund einer Besprechung mit den Demokraten begab sich Dr. Marx zu Dr. Scholz, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, und hatte mit ihm eine Unterredung. Dabei erklärte Dr. Scholz, daß man, in dem jetzigen Stadium der Dinge, Dr. Stresemann freie Hand lassen müsse. Damit war diese Aktion erledigt. Offizielle Konferenzen mit den Fraktionsführern haben nicht stattgefunden. Dr. Stresemann wollte offenbar vollständig freie Hand für die Zusammenziehung des neuen Kabinetts haben. In später Abendstunde war die Liste des neuen Ministeriums so gut wie fertiggestellt. Folgende Namen werden genannt: Dr. Stresemann, Reichskanzler und Außenminister (Deutsche Volkspartei). Dr. Gehler, Reichswehr (Zentrum). Dr. Braun, Arbeit (Zentrum). Dr. Lütcher, Finanz. v. Eppen, Ernährung und Landwirtschaft. Dr. Fuchs, besetzte Gebiete (voransichtlich auch Innenministerium). Reich, Post und Eisenbahn, voransichtlich als Staatssekretär oder Generaldirektor.

Das Justizministerium bleibt unbesetzt und wird durch den bisherigen Staatssekretär Jolles weiter verwaltet. Das Kabinet würde dann insgesamt nur sechs Minister umfassen.

Der Reichskanzler will sich heute oder morgen mit dem neuen Kabinet dem Reichstag vorstellen, dem Parlament sofort das vielumstrittene Ermächtigungsgesetz vorlegen und unverzüglich zur Auflösung schreiten, falls er das Vertrauen und die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz nicht erhält. Die Sozialdemokraten sehen, als Stresemanns Absicht bekannt wurde, Sollmann zum Innenminister zu berufen, seinen Zweifel darüber, daß ein Eintritt sozialdemokratischer Minister in ein solches Kabinet nicht in Betracht kommen könne.

Gegen 9 Uhr abends wurde von der Reichskanzlei mitgeteilt, daß die Bildung des Kabinetts vor ihrem Abschluß stehe. Da aber noch innerhalb der einzelnen Ressorts einige Personalveränderungen vorgenommen werden könnten, beachtliche man, die Namen der Minister erst heute im Laufe des Tages bekanntzugeben.

### „Der Profit über alles!“ Das schamlose Verhalten der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 5. Oktober.  
Die Demission der Regierung Stresemann ist, nach übereinstimmender Auffassung der beteiligten Minister, in einer Stimmung erfolgt, die erkennen läßt, daß allgemein der erzwungene Rücktritt für einen Schritt wider die Verunft erachtet wurde. Dem Reichskanzler selbst ist die Demission außerst schwer gefallen, weil er in ihr einen Bruch seines Wertes sah, für das gerade er monatelang gekämpft hatte. Stresemann, der vom Reichspräsident sofort wieder mit der Neubildung der Regierung betraut wurde, ließ seinen Zweifel darüber, daß er nicht daran denke, ein Reichskabinet zu bilden. Im Verlaufe des gestrigen Tages ließen seine Bemerkungen deshalb darauf hin, eine Regie-

rung aus Persönlichkeiten zustande zu bringen, die Nichtmitglieder des Parlaments sind, für die Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage das erforderliche Verständnis haben und gleichzeitig bei den einzelnen Parteien nicht von vornherein auf Widerspruch stoßen.

Am Reichstag waren die Gemüter sehr erregt. Jedermann sah die Notwendigkeit einer schnellen Lösung der Regierungskrise ein, ohne jedoch einen Weg weisen zu können, der auf die Dauer Erfolg verspricht. Vor allen Dingen wurde schon deshalb eine schnelle Regierungsbildung für dringend erforderlich erachtet, weil seit dem Rücktritt der Regierung Stresemann, die rechtsradikalen Elemente wieder eifrig tätig sind. Im Zusammen-

hang hiermit sind auch die am Donnerstag erfolgten Kundendemonstrationen der Nationalen Volkspartei zu erklären. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß Mitglieder dieser Partei an den durch die Auswertbarkeit der preussischen Behörden verhinderten Festsitzungen der letzten Tage maßgebend beteiligt sind.

Ob die Veränderung des Regierungsverhältnisses im Reich auch eine Umgruppierung in der Besetzung des preussischen Kabinetts nach sich zieht, ist bisher noch zweifelhaft. Es gibt innerhalb der Volkspartei zweifellos gewisse Kreise, die sich bemühen, eine Regierungskrise in Preußen zu verhindern. So schreibt z. B. die „Zeit“ in ihrer Donnerstagsabendausgabe:

## Grabgefänge auf die große Koalition.

### Stimmen aus der Sozialdemokratie.

#### Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“

Der sich auf das nächste für die Bildung und Erhaltung der großen Koalition einsetzt hat, schreibt:

„Deutschland befindet sich in der schwersten Krise, die es jemals durchgemacht hat. Gefährdet auf das Äußerste, gerät auf die Scheitelpunkte in Norddeutschland und getragen von der Sympathie der Agrarier und der Schwerindustrie, soll das Reich zu einem einzigen großen Koalitionsherd gemacht werden. Die Sozialdemokratie wird alle Kräfte aufwenden, um diese Absichten zu durchsetzen. Die Arbeiterklasse Deutschlands steht vor entscheidenden Stunden. Es gilt, die Kräfte in allen Lagern zu sammeln, die Deutschland vor der schwarzen Reaktion bewahren wollen, es gilt den Beweis zu führen, daß in Deutschland nicht gegen, sondern nur mit der Arbeiterklasse zu regieren ist.“

#### Die „Chemnitzer Volksstimme“

fordert „Klarheit“ und „Abrechnung“. Das Blatt schreibt:

„Die große Koalition ist tot, es lebe...? Vielleicht eine neue große Koalition unter Einbeziehung der Deutschnationalen, vielleicht eine Bürgerblock-Koalition, getragen von dem Willen und dem Diktat der aufstrebenden deutsch-nationalen Volkspartei und unter Einbeziehung eines sozialdemokratischen Ministers zur Minderbedeutung — wir wissen es nicht. Eins freilich wissen wir, daß die Sozialdemokratische Partei und mit ihr das Gesamtproletariat eine Schlappe erlitten hat, schlimmer als seit der ganzen Zeit ihres Bestehens. Und was das Schlimmste ist: unter ihren prominentesten Führern grassiert eine ideologische Seuche, die alles beschränkt läßt. Als unverbesserliche Optimisten müssen wir uns selbst bezeichnen, denn wir nahmen es als selbstverständlich an, daß unsere Ministergenossen und daß die Reichstagsfraktion mit Entschiedenheit die verbrecherische Ansinnen gegen den Reichstagspräsidenten, die Vorbereitungen zur Knechtung der Arbeiterklasse zurückweisen würden. Wenn aber die Wolff-Depeschen richtig sind, so war eine nicht unerhebliche Minderheit in der Reichstagsfraktion bereit, auch das Letzte zu schlucken in der wahnsinnigen Vorstellung, dadurch etwas zu retten.“

„Gott mit den Koalitionöverhandlungen, zurück auf unseren Mutterboden, die breite Basis des schaffenden Volkes! Lange genug haben wir in den lustigen Höhen einer falschen wirtschaftspolitischen Ideologie geschwebt, die uns an den Vorabend des Bürgerkriegs gebracht hat.“

#### „Das Zwickauer Volksblatt“

urteilt:  
„Mit einer geradezu schredenerregenden Schwärzhaftigkeit haben sich die Dinge die-

zum Sturz der großen Koalition entwickelt. Jetzt, wo die Herren auf der anderen Seite, wo die Klassengegner des Proletariats sich fast genug fühlen, wollen sie den Stoß gegen die Arbeiterklasse wagen, um diese ein- für allemal wieder unter die Krute zu zwingen. Die Situation ist überaus bedrohlich, und es kann ruhig ausgesprochen werden, daß der Kampfboden für die Arbeiterklasse heute dank der großen Koalition wesentlich ungünstiger ist als vor dem Sturz Cuno.“

#### Die „Leipziger Volkszeitung“

schreibt:  
Es kann im gegenwärtigen Augenblick nicht anders geben, als eine klare Scheidung zwischen den bürgerlichen und den proletarischen Interessen. In diesem Stadium der Entwicklung ist eine Überbrückung der Gegensätze unmöglich. Und in dieser Hinsicht hat die „Kreuzzeitung“ recht, wenn sie schreibt:

„Die großen Differenzen, die zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum hierin bestehen, beruhen nicht nur auf augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten, sondern sie haben in den entgegengesetzten Weltanschauungen ihren Grund. Sie lassen sich deshalb nicht beilegen durch eine Zwischenlösung in der einer dem andern etwas nachgibt, und jeder der Meinung des andern gerecht zu werden sucht, unter dem parlamentarischen üblichen Vorbehalt, ein parteipolitisches Geschäft bei dem mit kürzester Kündigungsfrist abgeschlossenen Vertrag machen zu können. In Bayern hat man erkannt, was politisch nottut, um wirtschaftlich weiterzukommen.“

Die Reaktion hat noch immer verstanden, ihre Interessen in der entschiedensten Form zu vertreten und wir wissen, daß sie dabei noch immer von Erfolg begleitet war. Hoffen wir, daß sich die Reaktion bei der Entscheidung diese Lehren zunutze macht.

#### Die rechtsstehende

#### „Deutsche Tageszeitung“

schreibt:  
„Die Lösung des Tages heißt: Das Steuer muß nach rechts geworfen werden! Die Koalitionsparteien des Reichstages aber antworten: Es soll weiter gewartet werden. Der Marxismus hat Deutschland ruiniert. Er hat abgewirtschaftet.  
Die bürgerlichen Regierungsparteien halten ihn künstlich am Leben. Sie wagen nicht, den Trennungsschnitt zu ziehen. So sinkt Deutschland in Rot und Verderben.  
Wir fordern Klarheit! Schluß mit der Kompromisspolitik! Fort mit den Sozialisten aus der Regierung! Wir verlangen endlich eine Regierung, die sich bewegt auf die nationalistische Straße in allen Volksteilen.“

„Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn von der Krise im Reich irgendwie ein Rückschlag auf die Regierungsverhältnisse in Preußen ausgehen sollten.“

Es gilt für völlig ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Fraktion der neu zu bildenden Reichsregierung ohne weiteres abwartend gegenübersteht, wenn sie in diesem Kabinet nicht vertreten ist. Die Haltung unserer Fraktion wird diktiert durch das schamlose Verhalten der Deutschen Volkspartei, die ein von einer großen parlamentarischen Mehrheit getragenes Kabinet zugrunde gerichtet hat, an dessen Entschaffung sie stark beteiligt war, und die zweifellos selbst ihrem Führer Stresemann als Kanzler einer neuen Regierung die Gefolgschaft versagen wird, sobald er versuchen sollte, nicht im Sinne derjenigen zu handeln, die inzwischen in der Volkspartei gesiegt haben und deren Sieg in die Worte zu kleiden ist: Der Profit über alles!“

## Unter dem fabriktischen System.

### Das bayerische Demokratenblatt verbietet.

München, 4. Oktober.  
Die „Münchener Morgenpost“, das Organ der Demokraten in Bayern, ist vom Generalstaatskommissar bis einschließlich 17. Oktober verboten worden. Das Blatt schrieb in seiner Dienstaufgabe: Heute sehen wir klar: Ziel und Weg. Heute gibt es nichts mehr zu verhandeln und nichts mehr zu beschönigen, nur mehr zu sagen, was ist und was man will. Was ist: Die Diktatur der Militär und der Auflösung der verfassungsmäßigen staatlichen Gewalt in Bayern. Was man will: Eine stille Separation in Form des passiven Widerstandes und einen stillen Aufbruch in Form der Wehrlosmachung des linken Teiles der Bevölkerung.“

München, 4. Oktober.  
Die sozialdemokratische „Freie Presse“ in Ingolstadt wurde durch den Generalstaatskommissar auf eine Woche verboten.

München, 4. Oktober.

Der Generalstaatskommissar hat den „Böltischen Beobachter“ auf 10 Tage verboten. Das Verbot wird mit einem „an Landesverrat grenzenden Aufbruch“ im Angelegenheit der Donnerstagsnummer begründet. Dieser Aufbruch hat folgenden Wortlaut:

„Artilleristen! Macht feuerbereit! Bald wird das Kommando zur Feuereröffnung erteilt, dann darf keiner von Euch fehlen! Durch Kampfgemeinschaft zur Volksgemeinschaft. Meldet Euch zum Artillerieregiment der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei!“

Diese Verbote sind nach verschiedener Richtung hin bemerkenswert. Herr v. Kayr hat auch selbst beim Verbot des nationalsozialistischen Blattes dem Separatismus Bayerns gegenüber dem Reich zum Triumph verholfen. Die Gründe des Reichs, die zu einer — nicht ausgeführten — Knechtung an den in Bayern kommandierenden Reichswehrgeneral führten, die Druckräume des „Bayerischen Beobachters“ zu besetzen, interessierten Herrn v. Kayr nicht.

In den letzten Monaten und Tagen hat der „Böltische Beobachter“ mehrfach ähnliche Auftritte gebracht, die mit nicht geringerer Deutlichkeit das Ziel der „inneren Reinigung“ verfolgten, ohne daß ihm etwas geschahen wäre. Das ist daher wohl nicht sehr, wenn man sich diesem Verbot des Herrn v. Kayr den-